



WHITEPAPER

Business Unusual

Neue Bedrohungen und Chancen
für europäische Unternehmen
auf dem Weltmarkt



Key Insights

Für Unternehmen war es schon immer entscheidend, kritische Trends zu verstehen, die die globale Wirtschaft – und damit den eigenen Erfolg – beeinflussen. Seit 2020 scheint sich diese Pflichtübung von einer vierteljährlichen Routine in eine nahezu tägliche Anforderung gewandelt zu haben – wobei COVID-19 und der Ukraine-Krieg nur zwei der wesentlichsten Auslöser waren.

Bei näherer Betrachtung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen wird deutlich, dass **sich manche tektonische Verschiebungen im globalen Gefüge ungünstig auf die europäischen Volkswirtschaften auswirken werden**. Durch die Untersuchung dieser Trends und ihrer Auswirkungen gewinnen Unternehmen Erkenntnisse darüber, wie sie die Herausforderungen meistern und die Chancen in der globalen Wirtschaft nutzen können.

Seite



Energiewende – oder Energiekrise?

Trotz deutlicher Entspannung bei den Energiepreisen seit Jahresbeginn wird die teilweise ungelöste Energiekrise die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beeinträchtigen – die europäischen Gaspreise bleiben voraussichtlich sechsmal höher als in den USA.

3



Störung der globalen Lieferkette

Die europäische Metallproduktion liegt immer noch deutlich unter dem historischen Niveau, während mehr wichtige Metalle benötigt werden, um die Energiewende voranzutreiben. Zusätzlich führt die Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas zu einem erheblichen Anstieg der Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen.

4



Die geopolitische Lage gerät ins Wanken

Die Handelsbeschränkungen nehmen zu, insbesondere in strategisch wichtigen Sektoren. Während Europa seinen handelsgeprägten Kurs beibehält, verfolgt China einen zunehmenden Isolationskurs.

6



Demografische Entwicklung und Fachkräftemangel

Prognosen zufolge wird die Erwerbsbevölkerung in China und Europa in den nächsten Jahrzehnten erheblich schrumpfen. In mehreren Sektoren ist der Arbeitskräftemangel bereits alarmierend groß.

7



Das Ende des „leichten Geldes“

Die Unternehmensverschuldung hat 2022 ein Rekordniveau erreicht. Rasch steigende Zinssätze erschweren Refinanzierungen und Investitionsvorhaben auf breiter Front. Allerdings sind einige Sektoren stärker betroffen als andere.

8



Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum wird sich voraussichtlich nur in fünf der 30 größten Volkswirtschaften der Welt beschleunigen. Für die meisten europäischen Staaten wird bis 2030 mit einer schwachen Entwicklung gerechnet.

9



Energiewende – oder Energiekrise?

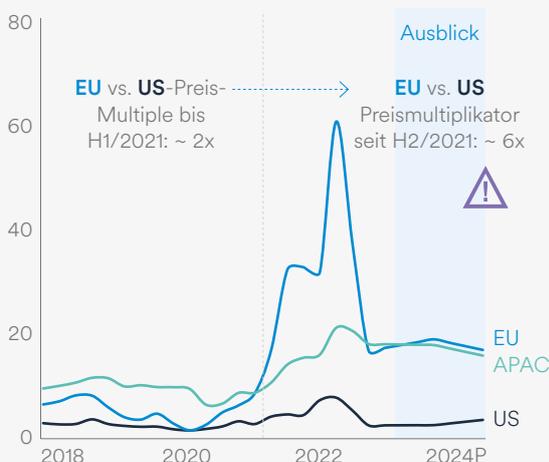
Die Transformation der europäischen Energieversorgung und -nachfrage hat im vergangenen Jahr sprunghaft an Relevanz gewonnen. Nicht nur **energieintensive Unternehmen** beschäftigen sich inzwischen mit der **Dekarbonisierung**, sondern nahezu alle Sektoren. Neben der Bezahlbarkeit von Energie spielt auch die Frage der **Versorgungssicherheit** eine immer wichtigere Rolle. Ob man diese Veränderung nun als „Energiewende“ oder als „Energiekrise“ bezeichnet – sicher ist: Sie bleibt **mittel- und langfristig ein großer Unsicherheitsfaktor**.

Um die Energiewende voranzutreiben, werden in Ländern wie Deutschland herkömmliche, mit fossilen Brennstoffen betriebene Kraftwerke schrittweise abgeschaltet, um die nationalen Rechtsvorschriften einzuhalten. Dadurch **sinkt** jedoch das **Energieangebot um ca. 40%** (gegenüber 2021), während die (Spitzen-)Nachfrage erheblich steigen dürfte (u.a. durch angestrebte Umstellung auf Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge). Es ist fraglich, ob die Ziele für erneuerbare Energien (80% Anteil an der Stromversorgung bis 2030) erreicht werden können.

Dieses ungelöste Problem hat insbesondere in den energieintensiven Sektoren Europas (z. B. Metall-erzeugung/-verarbeitung, Glas/Keramik und Chemie) zu Unsicherheiten geführt. Da diese Industriezweige als Schlüssellieferanten gelten, ist anzunehmen, dass die negativen Auswirkungen auch auf wichtige nachgelagerte Produktionssektoren (z. B. den Automobilsektor) übergreifen und die **Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie beeinträchtigen**. Infolge der Auswirkungen des Ukraine-Krieges haben die europäischen Erdgaspreise im dritten Quartal 2022 das 20-Fache ihres historischen Niveaus erreicht. Auch wenn sich die Lage seither etwas entspannt hat, werden die europäischen Gaspreise wohl weiterhin sechsmal so hoch bleiben wie in den USA. Wegen der zunehmenden Abhängigkeit von globalen LNG-Märkten (verflüssigtes Erdgas) dürften sich die Preise in Europa und im asiatischen Raum in Zukunft annähern. Die Preise in den USA hingegen werden aufgrund der lokalen Gasversorgung weitaus niedriger bleiben. Ähnliche Preisunterschiede werden im Jahr 2023 auch die industriellen Stromverbraucher treffen.

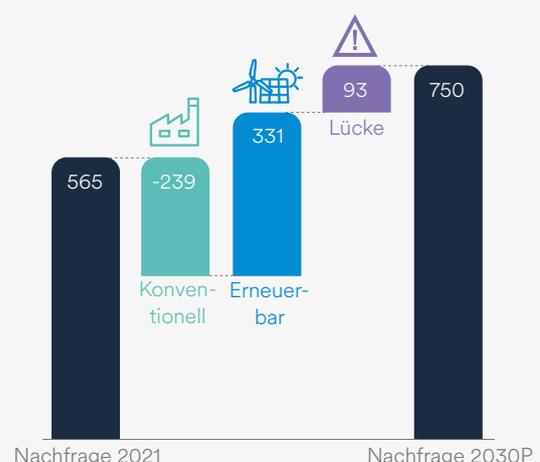
Erdgaspreise

(USD/mmBtu¹, vierteljährlicher Durchschnitt)



Potenzielle Stromversorgungslücke

(TWh, Deutschland)



(1) 1 mmBtu (million British thermal units) = ca. 0,29 MWh.

Quellen: Agora Energiewende; BP; Census Bureau; Bundesregierung und Ministerien (Deutschland); GPP; ONS; FTI-Andersch



Störung der globalen Lieferkette (1/2)

Die Funktionsfähigkeit etablierter Versorgungsströme ist entscheidend für eine erfolgreiche Energiewende. Die jüngsten Entwicklungen im europäischen Metallsektor untergraben dieses Ziel jedoch: Nach einem leichten industriellen Rückgang im Jahr 2020 wurde der geschwächte Sektor 2021/22 von der Energiekrise getroffen. Infolgedessen wurden in ganz Europa erhebliche Kapazitäten stillgelegt, was zu einer Produktion weit unter dem historischen Niveau führte.

Im Herbst 2022 warnte der Branchenverband Eurometaux vor einer „existenziellen Bedrohung“ für den Sektor und verwies auf mögliche dauerhafte Hüttenschließungen. Entsprechend ist der STOXX Europe Total Market Industrial Metals Index seit April 2022 um ca. 25 % gefallen. Bei anderen Metallen wie Lithium und Nickel ist **Europa auf China angewiesen, da China die Kontrolle über die Lieferkette für erneuerbare Energien und Elektrofahrzeuge hat**, einschließlich Bergbau, Verarbeitung und Endprodukte. Das EU-Gesetz zu kritischen Rohstoffen soll ab 2030 diese Abhängigkeit verringern, indem z. B. einen inländischen Zielmarktanteil von 10 % für die Produktion und von 40 % für die Verarbeitung festgelegt wird. Außerdem sollen die Marktanteile von Importen aus einzelnen Ländern auf 65 % begrenzt werden.

Der Economist Intelligence Unit (EIU) zufolge „wird die EU Schwierigkeiten haben, die Ziele des Gesetzes zu erreichen“. Die Verabschiedung des Gesetzes wird die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten für die Region nicht wesentlich verbessern. Das liegt u. a. an Umweltbedenken hinsichtlich des Bergbaus sowie der Konkurrenz aus China und den USA.



Durch die Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas wird die Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen und Zwischenprodukten deutlich zunehmen.

Die Verbreitung der Elektromobilität und der erneuerbaren Energieerzeugung wird zu einem erheblichen Anstieg der weltweiten Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen führen, und zwar um das 41-Fache für Lithium und das 19-Fache für Nickel (2040 gegenüber 2020). Zum Beispiel wird jedes Elektrofahrzeug ca. 210 kg Mineralien (ohne Aluminium und Eisenmetalle) benötigen – im Vergleich zu ca. 30 kg für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor (Faktor von ca. 7x). Ähnlich wird die Photovoltaikerzeugung ca. 3 Tonnen Kupfer pro MW Leistung benötigen (ca. 26 Tonnen bereinigt um natürliche Kapazitätsfaktoren), verglichen mit ca. 1,2 Tonnen für Kohlekraftwerke.

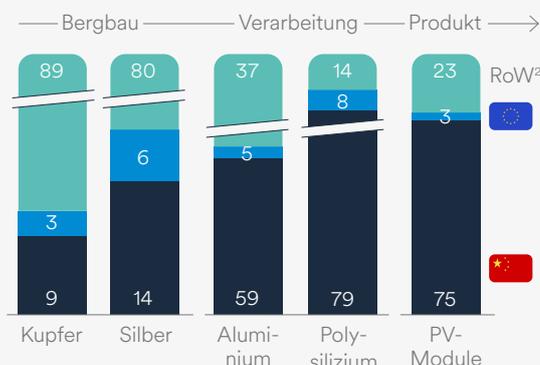
Nachfrage nach Metallen für erneuerbare Energien¹

(Tonnen pro MW installierter Leistung)



Marktanteil in der PV-Lieferkette

(globaler Anteil nach Land/Region in %)



(1) Nichteisenmetalle (d. h. ohne Eisen, Stahl und Legierungen), bereinigt um natürliche Kapazitätsfaktoren (Wind: 22%, PV: 11%). (2) Rest der Welt. Quellen: CRU International; EC; EIU; Bundesregierung und Ministerien (Deutschland); FT; IEA; ING; ifo; Schernikau und Smith (2023); FTI-Andersch

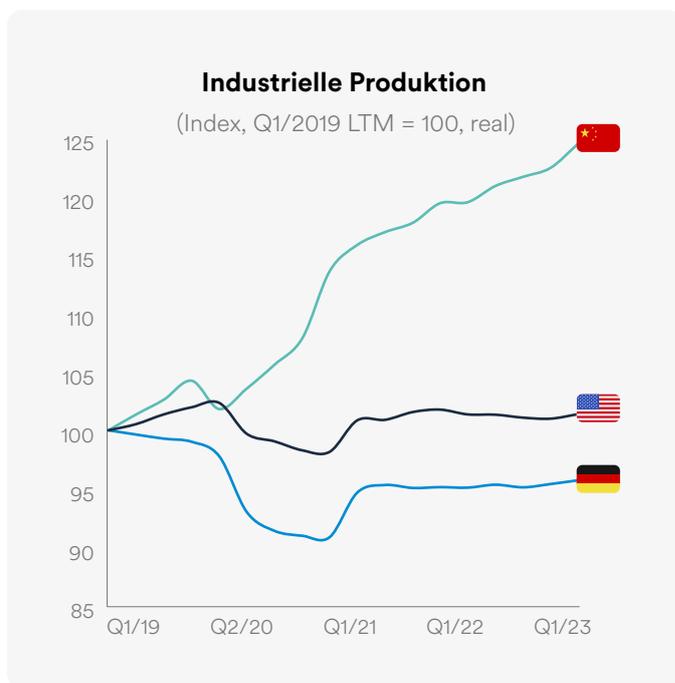


Störung der globalen Lieferkette (2/2)

Neben der schwachen Position Europas in den strategischen Industrien geben auch die anhaltenden Unterbrechungen der europäischen Lieferketten weiterhin Anlass zur Sorge. Aus globaler Sicht hat die Volatilität der Lieferketten Ende 2021 abgenommen. Das ist vor allem bedingt durch den Abbau von Lagerbeständen und Lieferengpässen infolge der Entlastung kritischer Infrastrukturen (z. B. Häfen an der US-Westküste und in China). Aus europäischer Sicht haben sich die Störungen durch den Ukraine-Krieg verschoben und verlängert – und stellen in bestimmten Bereichen nach wie vor eine Herausforderung dar.

In Deutschland meldeten 35% der befragten Industrieunternehmen im Mai 2023 immer noch Engpässe. Im April 2023 waren noch 46 % der Befragten mit Kostensteigerungen bei Produktionsmaterialien und Vorprodukten konfrontiert. Jüngste Umfragen deuten auf deflationäre Tendenzen in bestimmten Sektoren (z. B. Papier) hin. Grund dafür sind u. a. die im Vergleich zum Herbst 2022 gesunkenen Energiepreise. Eine weitere Folge ist die gedämpfte **Industrieproduktion**, die immer noch ca. **5 % unter dem Vor-Pandemie-Niveau** liegt, während China und die USA dieses Niveau bereits erreicht oder überschritten haben. Der Banque de France zufolge haben die Störungen auf der Angebotsseite „die Produktion des verarbeitenden Gewerbes seit 2020 erheblich gedämpft“, insbesondere durch längere Lieferzeiten für Rohstoffe und Zwischenprodukte. 2022/23 rangierte Frankreich im Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe bei der Komponente „Lieferzeiten“ kontinuierlich unter den Ländern mit den schlechtesten Ergebnissen, häufig sogar schlechter als Russland.

Abgesehen von den Engpässen und Störungen, mit denen das europäische Festland konfrontiert war, musste das Vereinigte Königreich sich zusätzlichen Herausforderungen stellen, z. B. der Treibstoffkrise aufgrund des Mangels an Lkw-Fahrern. Dieser Mangel ist zum Teil auf den Rückgang ost-europäischer Arbeitskräfte nach dem Brexit und COVID-19 zurückzuführen.



Quellen: Banque de France; BNP Paribas; GEP/S&P Global; ifo; Imperial College; Oxford Economics; FTI-Andersch



Die geopolitische Lage gerät ins Wanken

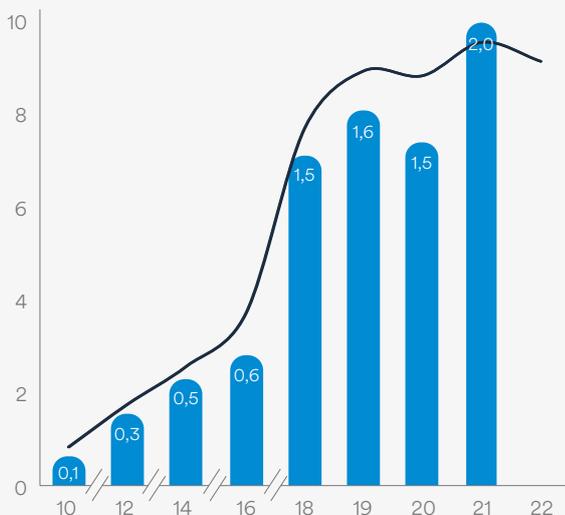
Die Abhängigkeit vom internationalen Handel gilt sowohl für importierte als auch für exportierte Waren und betrifft insbesondere europäische Länder mit einem hohen Handelsaufkommen (z. B. Frankreich, Deutschland und Italien). Seit 2010 hat sich der **Anteil der weltweiten Importe, der Beschränkungen unterliegt verzehnfacht**, vor allem nach der Einführung von Zöllen auf Aluminium durch die Trump-Regierung 2017/18. Zusätzlich zu den Einfuhrbeschränkungen, zu denen Quotenregelungen für lokale Erzeugnisse zählen (wie etwa der US Inflation Reduction Act), nehmen auch die Ausfuhrbeschränkungen zu (z. B. U.S. New Export Controls on Advanced Computing and Semiconductors to China).

Trotz dieser Trends zeigen die Handelsdaten ein heterogenes Bild: **Frankreich, Deutschland und Italien** werden den Prognosen zufolge ihren **handelsabhängigen** Kurs beibehalten (auch aufgrund des starken Intra-EU-Handels). Im Gegensatz dazu verfolgt **China weiterhin die Strategie, sich stärker zu isolieren**, und strebt eine Verringerung der Handelsintensität von 43% im Jahr 2010 auf 34% im Jahr 2025 an. Diese Entwicklung steht im Einklang mit dem „Made in China 2025“-Grundsatz der Regierung, der u. a. darauf abzielt, bis 2025 eine 70-prozentige Autarkie in der Halbleiterproduktion zu erreichen.

Seit 2021 rangiert China an dritter Stelle unter den Zielländern deutscher Direktinvestitionsbestände (103 Mrd. € bzw. 8% der Auslandsdirektinvestitionen), die vor allem auf das verarbeitende Gewerbe entfallen. Das EU-weite Engagement in China ist deutlich geringer (< 3% der Extra-EU-Direktinvestitionen). Obwohl sich die Unternehmen der zunehmenden Spannungen und tektonischen Verschiebungen bewusst sind, haben zu wenige von ihnen hinreichende Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um die geopolitischen Risiken zu mindern.

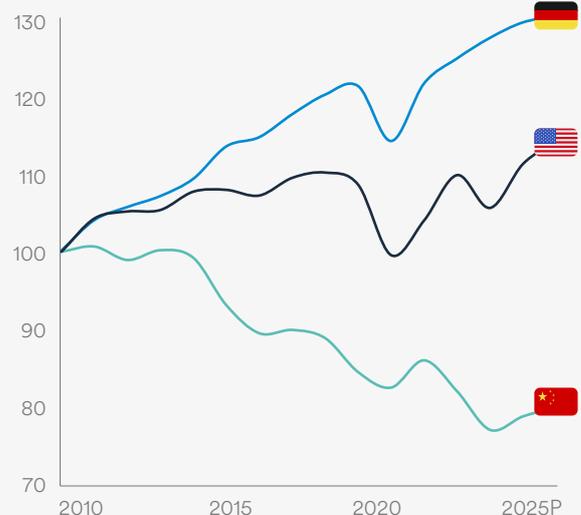
Globale Einfuhrbeschränkungen

(in % der betroffenen Maßnahmen und Anzahl (Tsd.))



Handelsintensität⁽¹⁾

(Index, 2010 = 100)



(1) Handelsintensität: Summe der Exporte und Importe (brutto) im Verhältnis zum BIP.
Quellen: Bundesbank; Eurostat; Oxford Economics; WTO; FTI-Andersch

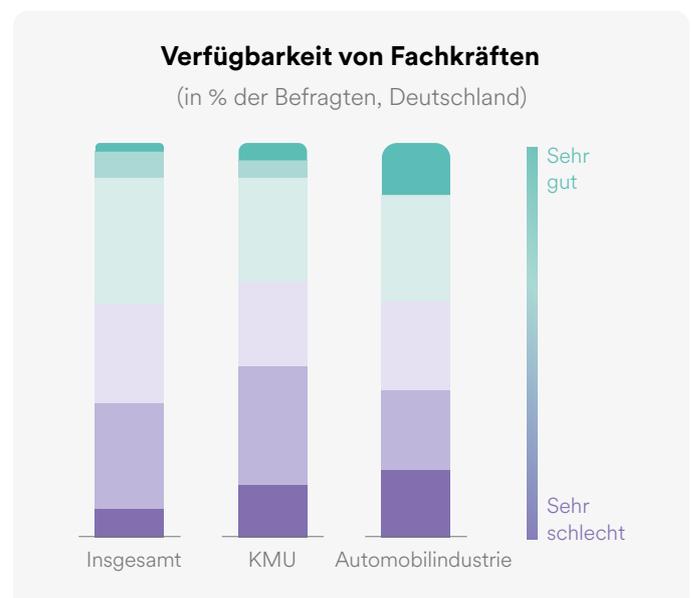
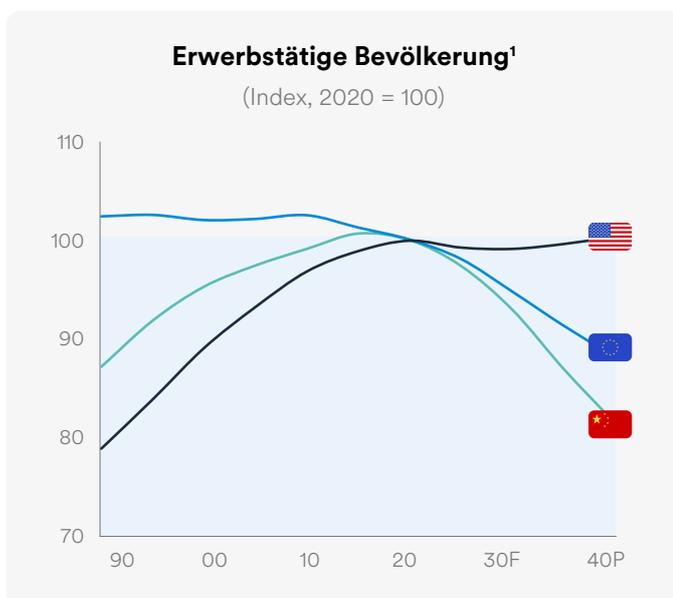


Demografische Entwicklung und Fachkräftemangel

Der Arbeitskräftemangel stellt in den entwickelten Volkswirtschaften bereits ein großes Wachstumshemmnis dar und wird sich in den nächsten Jahrzehnten weiter verschärfen. Trotz erheblicher Zuwanderung aus Afrika, dem Nahen Osten und der Ukraine wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den großen europäischen Volkswirtschaften voraussichtlich in den nächsten zwei Jahrzehnten stark zurückgehen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind gravierend: Für das Vereinigte Königreich wird bis 2040 ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung um ca. 3% prognostiziert, während für Italien ein Einbruch der Erwerbsbevölkerung um mehr als 20% (gegenüber 2020) erwartet wird.

Außerhalb Europas wird China (als Handelspartner Nr. 1 der EU) sich nicht nur zunehmend isolieren, sondern hat auch aufgrund demografischer Faktoren eine abnehmende Wachstumsperspektive – 2022 wurde der erste Bevölkerungsrückgang seit sechs Jahrzehnten verzeichnet. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gilt als die **am schnellsten alternde in der Welt** und wohl die am schnellsten alternde in der Geschichte der Menschheit. Diese demografische Entwicklung verringert die Wettbewerbsfähigkeit des arbeitsintensiven verarbeitenden Gewerbes und die erreichbare Verbraucherbasis.

Die Geburtenrate in den USA bleibt vergleichsweise stabil (1,7 ab 2021 gegenüber 1,2 in China), da das Land ein attraktives Ziel für Migranten ist (historisch gesehen 0,8 bis 1,2 Millionen internationale Nettomigranten pro Jahr, mit Ausnahme von 2020/21). **In Europa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen hat der Arbeitskräftemangel bereits alarmierende Ausmaße angenommen**, wie eine aktuelle Umfrage von Kantar Public im Auftrag von FTI-Andersch zeigt: Vor allem kleine und mittlere Unternehmen haben Probleme bei der Rekrutierung von Fachkräften, und in vielen Sektoren wie dem Gesundheitswesen und dem Baugewerbe bieten Digitalisierung und Automatisierung nur begrenzte Lösungen. Nach unseren Umfrageergebnissen hat bereits **jedes zweite deutsche Unternehmen Probleme bei der Rekrutierung von Talenten**, jedes dritte bewertet die Situation sogar als „(sehr) schlecht“.



(1) Bevölkerung im Alter von < 65 Jahren.

Quellen: Census Bureau; CFR; Destatis; Europäisches Parlament; Weltbank; Zeihan on Geopolitics; FTI-Andersch



Das Ende des „leichten Geldes“

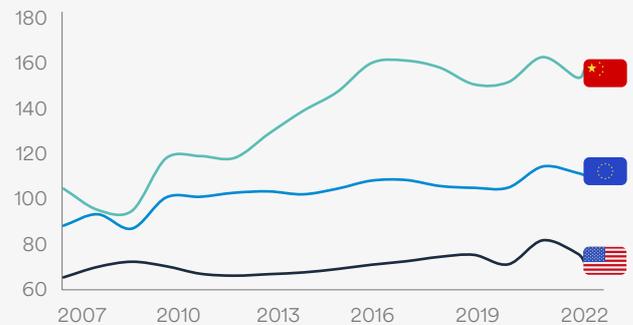
Steigende Zinsen sind sowohl für den öffentlichen als auch für den privaten Sektor zu einer zusätzlichen kurzfristigen Herausforderung geworden. Seit dem Ende der Finanzkrise 2008/09 hat sich die Unternehmensverschuldung heterogen entwickelt: In China und Frankreich stieg sie stark an, während sie in anderen entwickelten Volkswirtschaften in etwa stabil blieb. Darüber hinaus ist die öffentliche Verschuldung aufgrund der COVID-19-Entlastungsmaßnahmen stark angewachsen. Im Jahr 2020 verzeichnete die **weltweite Gesamtverschuldung den höchsten Anstieg seit dem Zweiten Weltkrieg.**

Der Trend der allmählichen Lockerung der geldpolitischen Bedingungen seit den 1970er-Jahren wurde Ende 2022 mit den schnellsten Zinserhöhungen der Geschichte umgekehrt. Diese Entwicklung **erschwert Refinanzierungen und Investitionsvorhaben** auf breiter Front, wobei einige Sektoren stärker betroffen sind als andere: Der Immobiliensektor ist in hohem Maße von **Fremdfinanzierung** abhängig, daher traf ihn der Zinsanstieg besonders stark. Trotz der Wohnungsknappheit hält der Preisverfall bei Wohnimmobilien in allen Ländern an und hat wieder das Vor-Pandemie-Niveau erreicht. Die Baugenehmigungen (und -anträge) spiegeln diesen Abwärtstrend wider.

Da mehrere europäische Länder einen hohen Anteil an variabel verzinsten Wohnbaukrediten aufweisen (Stand 03/2023, > 50% der Neukredite in Österreich, Portugal und den baltischen Staaten), befürchtet die EZB „ungeordnete Korrekturen“. Darüber hinaus zeigen sich im Segment der Gewerbeimmobilien (einschließlich Büro- und Einzelhandelsgebäuden) **deutliche Anzeichen einer Notlage.** Bei etwa einem Drittel der europäischen Gewerbeimmobilienkredite besteht ein „erhebliches Refinanzierungsrisiko“. Nach Ansicht von Marktexperten könnten die Preise in Westeuropa sogar um bis zu 40% fallen.

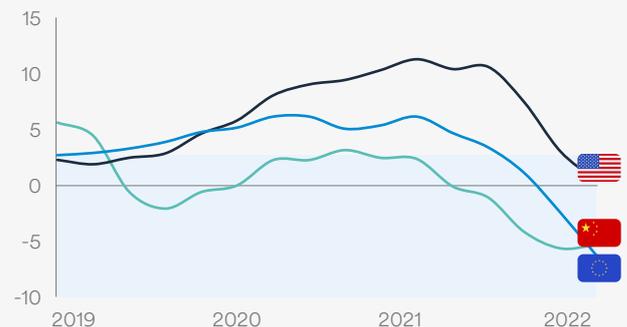
Nichtfinanzielle Unternehmensschulden

(in % des BIP)



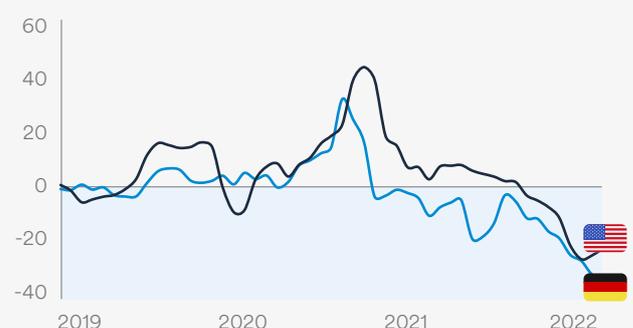
Preise für Wohnimmobilien

(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)



Baugenehmigungen für Wohngebäude

Genehmigungen, Änderung in % gegenüber dem Vorjahr, vierteljährlich)



Quellen: BIZ; CITI; CNBC; EBA; EZB; FTI-Andersch



Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen wird sich das Wirtschaftswachstum voraussichtlich nur in fünf der 30 größten Volkswirtschaften weltweit beschleunigen. Vor allem für die europäischen Länder wird eine schwache Entwicklung erwartet; in China wird sich der Trend eines geringeren Wachstums fortsetzen, was sich auf die wichtigsten Handelspartner auswirkt.

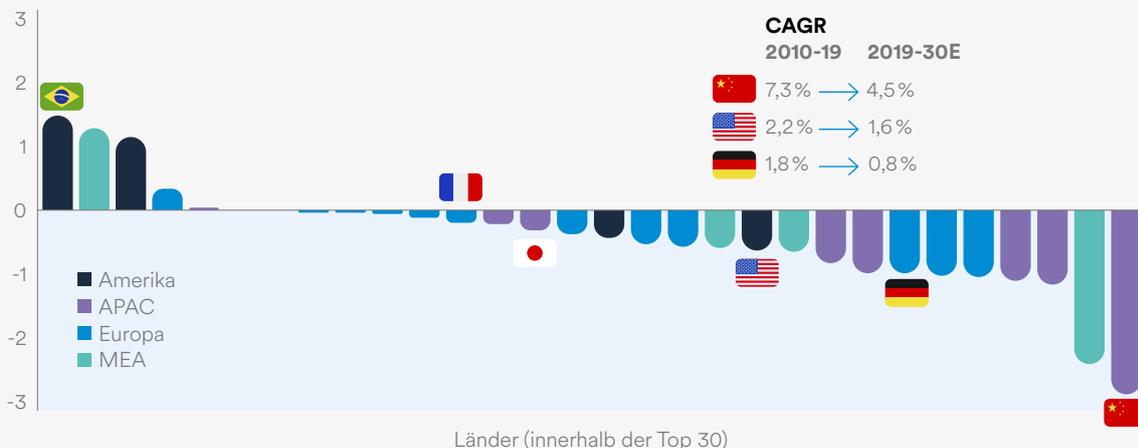
Die deutsche Wirtschaft hat die Doppelkrise von COVID-19 und Ukraine-Krieg nicht gut verkräftet. Nach aktuellen Prognosen wird selbst Ende 2024 das BIP-Niveau von vor der COVID-19-Pandemie nur knapp erreicht werden. **Deutschland würden dann fünf Jahre Wachstum fehlen** – eine so lange Stagnationsphase hat es in der deutschen Nachkriegsgeschichte bisher nicht gegeben. Und anders als in den Phasen nach früheren Rezessionen sagen ExpertInnen voraus, dass auf die aktuelle Rezession mehrere Jahre mit deutlich schwächerem Wachstum folgen werden.

Frankreich gehört zu den wenigen Ländern, für die mittelfristig keine signifikante Verlangsamung des BIP-Wachstums zu erwarten ist (nur -0,2% gegenüber -0,9% für Deutschland). Die aktuellen BIP-Prognosen der Europäischen Kommission untermauern dies mit einem Wachstum von 0,7% bzw. 1,4% in den Jahren 2023 und 2024. Im Vergleich zu Deutschland ist **Frankreich weniger stark vom internationalen Handel abhängig** (Handelsintensität von ca. 60% gegenüber ca. 100% für Deutschland).

Die jüngsten **Prognosen für das Vereinigte Königreich sind nicht eindeutig**. Für 2023 rechnen unabhängige ExpertInnen mit einem begrenzten Wachstum von durchschnittlich 0,3%, gefolgt von 1,0% im Jahr 2024. Ein Schlüsselfaktor wird sein, wie sich die Zinserhöhungen auf die Hypothekengläubiger und ihre Konsumausgaben auswirken. Ungefähr 6,8 Millionen britische Wohnungen wurden mit einem Hypothekenkredit erworben, der in der Regel für zwei bis drei Jahre fest und in der restlichen Zeit variabel verzinst wird. Dies führt unter den derzeitigen Bedingungen zu einer Vervielfachung der monatlichen Zahlungen und erschwert den Konsum.

Veränderung des globalen Wachstums (die 30 wichtigsten Länder nach BIP)

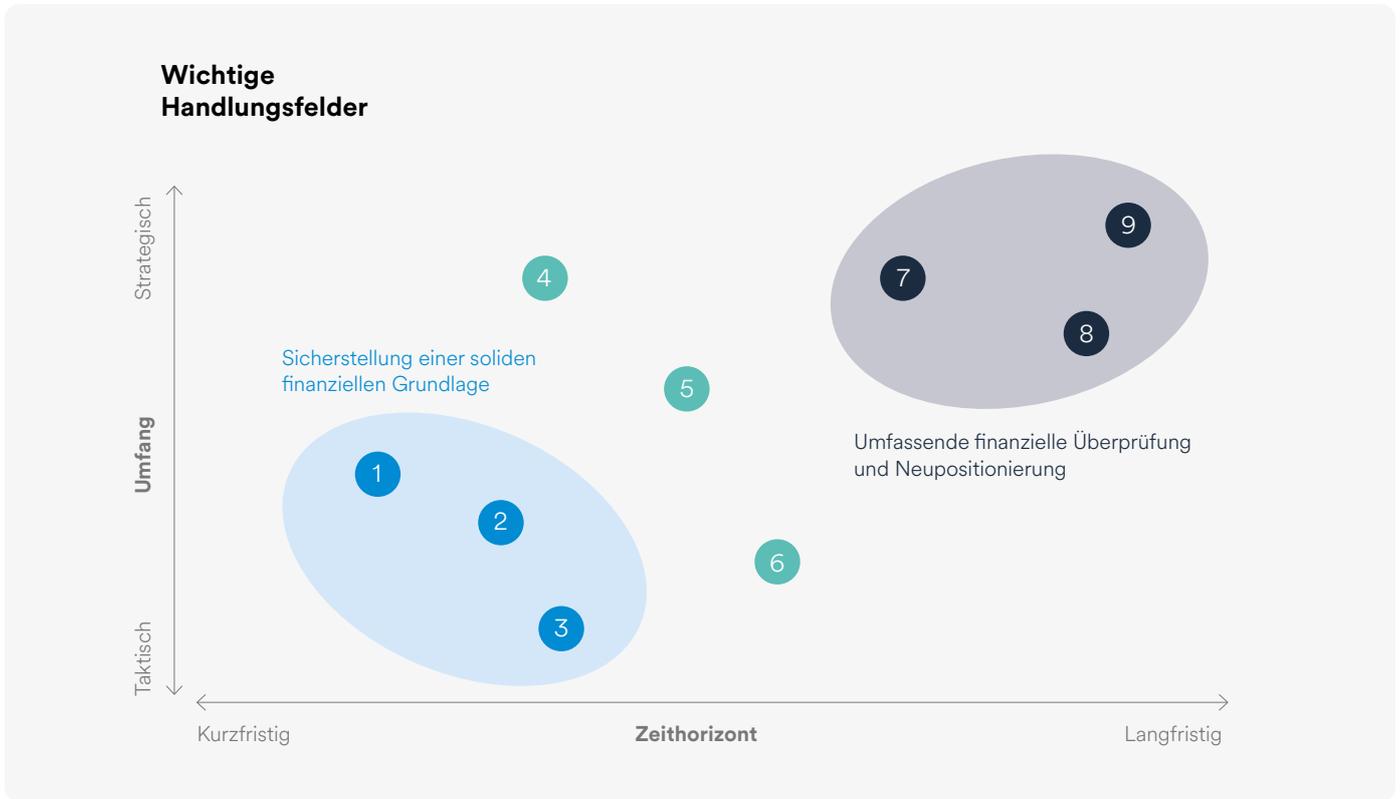
(Reales BIP CAGR ppt. Veränderung 2019-30 vs. 2010-19)



Quellen: CBS; EC; gov.uk; HRI; Oxford Economics; FTI-Andersch



Wie kann man auf diese Trends reagieren?



Angesprochene(r) Trend(s)

1 Überprüfung der Finanzierungsstruktur		×			×
2 Initiierung einer szenariobasierten Planung	×	×	×		×
3 Einführung von Preisgleitklauseln	×	×	×		
4 Erstellung von Aktionsplänen mit Partnern	×	×	×		
5 Steigerung der Produktionseffizienz	×	×			
6 Diversifizierung der Energiebeschaffung	×		×		
7 Investitionen in Qualifizierung und Ausbildung				×	
8 Prüfung regionaler Risiken, Optimierung der Standorte		×	×	×	
9 Entwicklung resilienterer Produkte	×	×	×	×	

Quellen: BIZ; EZB; FTI-Andersch

Kontakt

LinkedIn



Dorothee Fritsch

Head of Business Development & Strategy
dorothee.fritsch@fti-andersch.com



William Kaffka

Senior Consultant Markets & Strategy
william.kaffka@fti-andersch.com



FTI-Andersch

Taunusanlage 9–10
60329 Frankfurt am Main

Stephansplatz 2–6
20354 Hamburg

Speditionstraße 21–23
40221 Düsseldorf

Friedrichstraße 187
10117 Berlin

www.fti-andersch.com